

Unterstützung für Musikschule

Während Unterhaching sparen muss, spendiert Neubiberg zwei Klaviere

Neubiberg/Unterhaching – Weil die Haushaltslage der Gemeinde Unterhaching wegen weggebrochener Gewerbesteuererinnahmen prekär ist, muss die örtliche Musikschule in diesem Jahr massiv sparen. Sie tut das unter anderem, indem alle Mitarbeiter freiwillig auf 6,25 Prozent ihres Gehalts verzichten. Außerdem sollen die Kursgebühren für Kinder und Jugendliche um fünf Prozent, für Erwachsene ab 25 Jahren mit eigenem Einkommen um 15 Prozent erhöht werden. Dieser Erhöhung musste der Neubiburger Finanzausschuss zustimmen, da die Unterhachinger Einrichtung auch die Musikschule in der Nachbargemeinde betreibt und von dieser ebenfalls Zuschüsse erhält. Das Gremium tat dies am Montagabend einstimmig und sagte der Musikschule zudem 15 000 Euro für zwei neue Klaviere zu.

Die alten Instrumente sind zum Teil nicht mehr benutzbar

Zwar hat der Unterhachinger Gemeinderat kürzlich einen Zuschuss von 743 000 Euro für die Musikschule bewilligt, also deutlich mehr als die ursprünglich von der Rathausverwaltung vorgeschlagenen 500 000 Euro. Das sind dennoch etwa 100 000 Euro weniger, als die Musikschule mit Blick auf die Tarifierhöhung für ihr Personal beantragt hatte.

Im Ausschuss in Neubiberg erläuterte nun Wolfgang Greth, einer der beiden Schulleiter, welche Einsparungen die Einrichtung bereits vorgenommen hat oder vornehmen will. Greth äußerte die Hoffnung, dass man die Schüler trotz der Gebührenerhöhungen halten könne. Die Bitte um den Zuschuss für zwei neue Klaviere begründete er damit, dass einige der älteren Instrumente – auch in Neubiberg – nicht mehr genutzt werden könnten. Für neue stünden aber keine Kapitalreserven zur Verfügung. Im Ausschuss war das positive Echo der Musikschule gegenüber groß. So gab es viel Lob für den freiwilligen Gehaltsverzicht und die „kluge und vorausschauende Arbeit“ (Elisabeth Gerner, SPD). Gemeinde-Geschäftsleiter Thomas Schinabeck betonte zudem, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der Musikschule auch für den gebundenen Ganztags an den beiden Grundschulen sei. **Daniela Bode**

Klimaschutz-Förderung wird ausgebaut

Pullach – Die Gemeinde Pullach hat ihrem Klimaschutz-Förderprogramm drei weitere Bausteine hinzugefügt. Neben der bestehenden Unterstützung beim Kauf eines Lasten-Pedelecs werden künftig auch Fahrradanhänger gefördert. Bürger können auf Antrag bis zu 250 Euro bei der Anschaffung erhalten. Diese Maßnahme können auch Freiberufler und gemeinnützig anerkannte Organisationen in der Gemeinde in Anspruch nehmen. Finanzielle Hilfe gibt es auch für all jene, die im eigenen Garten auf eine nachhaltige Bewässerung setzen wollen und sich hierfür eine Zisterne anschaffen – dies wird künftig mit bis zu 700 Euro von der Gemeinde bezuschusst. Und um Einwegprodukte zu vermeiden, unterstützt die Kommune den Einsatz von Mehrwegwindeln. Und zwar auf Antrag in Form einer Einmalzahlung von 75 Euro – sowohl für Eltern von Kindern in den ersten drei Lebensjahren als auch für Pflegebedürftige. **MÜH**

Milde Gabe für Augustiner

Planegg bewilligt Geld für die Sanierung des Klosters Maria Eich

Planegg – Die Sanierung des Augustinerklosters Maria Eich geht in die Millionen. Allein der fast fertiggestellte Anbau mit sechs Wohnungen verschlingt über fünf Millionen Euro. Dazu kommen jetzt noch Außenarbeiten von etwa 1,5 Millionen Euro. Die Kosten sind zwar weitgehend gedeckt, heißt es im Kloster, doch man wünsche sich weitere Zuschüsse von den Gemeinden Planegg und Gräfelfing. Mit Recht, finden die Planegger Gemeinderäte: Der Hauptausschuss stimmte am Montagabend dafür, weitere 100 000 Euro zu



Der Vorplatz vor der Kirche in Maria Eich wird im Zuge der Sanierung neu gestaltet. FOTO: FLORIAN PEJAK

bewilligen. Damit soll die Regenentwässerung am Vorplatz erneuert werden und der gesamte Platz einschließlich der Löschwasserzisterne saniert werden.

Peter von Schall-Riauour (Pro Planegg und Martinsried), der eigens vor der Sitzung einen Ortstermin zum Kloster organisiert hatte, hätte sich mehr Geld gewünscht. Er verwies auf die Nachbargemeinde Gräfelfing, die 120 000 Euro als Zuschuss gibt. „Die Patres haben mir versichert, dass die Baustelle kein Fass ohne Boden wird“, sagte Schall-Riauour. „Es wird auch kein Prunkbau, sondern eher im Sinne von Jesus Christus.“ Der Anbau wird derzeit von vier Partres bewohnt. „man hofft aber auf Zuwachs“, sagte Schall-Riauour. Geplant sei auch eine Unterkunftsmöglichkeit für Studenten. Schall-Riauour verwies auf die hohe Bedeutung der Wallfahrtsstätte für das Würmtal und besonders für Planegg. „Für uns sollte das eine Frage der Ehre sein. Unser Maria Eich ist ein Ort der Ruhe und Tradition.“ Er habe gehört, dass der Orden zugunsten von Maria Eich andere Standorte in Deutschland auflösen wolle.

Der leidenschaftliche Appell brachte wenig. Florian Großelfinger (CSU) meinte, die Bedeutung der Klosterstätte sei jedem Gemeinderat wohl bewusst. Die Gemeinde habe sich immer schon „relativ großzügig gezeigt“, mit Gräfelfing gebe es „keinen Wettbewerb“ und man dürfe auch nicht übersehen, dass es durchaus „kritische Stimmen“ gebe, was die Unterstützung durch die Gemeinden betreffe. 100 000 Euro reichten aus. Rathaus-Geschäftsführer Stefan Schaudig glaubt, dass auch künftig noch Geldbedarf besteht und verwies auf frühere Zuschüsse. **Rainer Rutz**



Ayings Bürgermeister Peter Wagner kann direkt vor dem Rathaus in den Isarflitzer einsteigen.

FOTO: CLAUDIUS SCHUNK

Elektroautos zum Ausprobieren

In Aying und Schäftlarn startet mit dem Isarflitzer ein neues Carsharing-Modell. Zwei Fahrzeuge können über die MVV-App gebucht werden – haben aber feste Standorte

Von Martin Mühlenzl

Aying/Schäftlarn – In der Ammer-Loisach-Region ist der „E-Alois“ schon in mehrfacher Ausführung unterwegs und bringt Nutzer umweltfreundlich zum Großeinkauf, zum Familienbesuch oder zum Wandern in die Berge. Auf die Straße gebracht hat die per App buchbaren Elektrofahrzeuge im Landkreis Garmisch-Partenkirchen der örtliche Energieversorger Ammer-Loisach Energie – und dessen Strategie hat auch bei Ayings Bürgermeister Peter Wagner (CSU) Eindruck hinterlassen. „An dem Beispiel sieht man, dass man Mobilität auch aufs Land bringen kann“, sagt Wagner, der künftig zwar keinen E-Alois, dafür aber einen „Isarflitzer“ vor dem Rathaus stehen haben wird.

Der Versorger Energie Südbayern (ESB) bringt mit dem Isarflitzer ein im Landkreis München einzigartiges Projekt auf den Weg, das die bestehenden Mobilitätsangebote insbesondere auf Land ergänzen soll. Genau genommen sind es zwei Flitzer: Ein E-Auto wird künftig vor dem Aying Rathaus mit Ökostrom aufgeladen, das andere steht in der Münchner Straße nahe dem S-Bahnhof in der Gemeinde Schäftlarn. Am Dienstag gaben Rathauschef Wagner, sein Schäftlarner Amtskollege Christian Fürst, Landrat Christoph Göbel (beide CSU), ESB-Geschäftsführer Marcus Böske und der Geschäftsführer des Münchner Verkehrs- und Tarifverbands (MVV),

Bernd Rosenbusch, in Aying den Startschuss für das E-Car-Sharing-Vorhaben.

Dass Rosenbusch den weiten Weg aufs Land fand, hat einen Grund. Denn der Isarflitzer wird in die App des MVV integriert und kann dort künftig nach einer Registrierung sowie Verifizierung und Prüfung des Führerscheins online gebucht werden; eine Anmietung ist aber auch über die App „MOQO“ möglich. Ein Schlüssel ist für den Einstieg in die beiden Fahrzeuge, Elektroautos des Herstellers Volkswagen, nicht



Projektleiter Daniel Inkoferer zeigt, wie die Buchung per App funktioniert.

mehr notwendig – der Vorgang läuft komplett digital ab. Aber anders als bei großen Car-Sharing-Anbietern wie Miles oder Share Now kann das Auto nach einer Fahrt nicht an einem beliebigen Standort abgestellt werden, der Ayinger Isarflitzer muss wieder zum Rathaus zurückgebracht werden, der Schäftlarner hat seinen festen Sitz am Bahnhof.

Dennoch glaubt Bürgermeister Wagner, dass das Angebot vor allem auch für Menschen auf dem Land interessant sein kann. „Obwohl hier eigentlich jeder ein Auto oder sogar zwei hat“, sagt er. „Der Vorteil des Standorts Rathaus ist ja, dass er ein sehr zentraler ist. Auch die Gemeindeverwaltung wird es nutzen und auch ein Gewerbebetrieb direkt gegenüber hat schon angekündigt, dass er es nutzen will.“ Und natürlich geht es auch in Aying Menschen mit Führerschein, aber ohne Auto, die den Flitzer für einen Großeinkauf in Sauerlach oder Holzkirchen, wo sich die großen Supermärkte befinden, nutzen können oder für einen Tagesausflug ins Oberland. „Und ich glaube schon, dass einige auch einfach mal ein Elektroauto ausprobieren wollen“, so Wagner.

Gebucht werden können die beiden Fahrzeuge für die Dauer von einer Stunde bis mehrere Tage, der Grundpreis liegt bei 6,90 je Stunde. Die Reichweite der Volkswagen liegt bei 400 bis 450 Kilometer. Für MVV-Geschäftsführer Rosenbusch, der gemeinsam mit ESB-Chef Böske die Idee für

den Isarflitzer aufbrachte, geht es vor allem darum, „eine durchgängige Mobilitätskette anzubieten“ – und das könne der MVV mit seiner App auch leisten. Peter Wagner ergänzt, das E-Auto sei wieder ein Schritt in Richtung Flexibilität bei der Mobilität. „Der öffentliche Personennahverkehr wird natürlich immer wichtiger. Aber mit dem neuen Angebot ist man eben unabhängig von Fahrplänen und Taktungen“, sagte der Ayinger Bürgermeister.

Als nächstes sollen weitere Ladestationen folgen

Das konnte ihm auch sein Schäftlarner Amtskollege Fürst bestätigen, der in etwa 35 Minuten mit dem Auto nach Aying angereist war; mit der S-Bahn hätte er über die Landeshauptstadt deutlich mehr als eine Stunde gebraucht.

Ob ESB das Angebot in den beiden Gemeinden oder gar im gesamten südöstlichen Landkreis weiter ausbauen wird, steht aber noch nicht fest. Das hängt davon ab, wie der Isarflitzer angenommen wird. Sicher ist aber, dass die Gemeinde Aying selbst ihre Ladeinfrastruktur erweitern wird. Bisher gibt es im Hauptort drei Ladestationen, zwei am Rathaus und eine am S-Bahnhof. Es sollen aber laut Wagner weitere in den Gemeindeteilen Großshelden, Dürrnhaar und Peiß folgen.

Veränderungssperre gilt für alle

Der Eigentümer eines Sep-Ruf-Hauses muss seine Pläne zumindest zurückstellen

Grünwald – Vorerst wird es in der Reihe der zehn Sep-Ruf-Häuser in der Grünwalder Hugo-Junkers-Straße keinerlei Baumaßnahmen geben. Der Antrag eines Eigentümers, der sein Haus am Ende der Straße sanieren und umbauen lassen wollte, wurde am Montagabend vom Bauausschuss der Gemeinde einstimmig abgelehnt. Das liegt in erster Linie an der Veränderungssperre, die der Gemeinderat im März über das gesamte Ensemble verhängt hat, nachdem zuvor ein Antrag für den Abriss und Neubau des Hauses Nummer 1 eingegangen war.

Da dieses Gebäude wie die neun weiteren in dieser Zeile von dem berühmten Architekten Sep Ruf gebaut worden ist, hatte es Widerstand gegen einen Abriss gegeben. Letztendlich sprach das Landratsamt ein Abbruchverbot aus, die Gemeinde setzte eine maximal sechsmontatige Veränderungssperre drauf, die auch für die anderen Ruf-Häuser in der Hugo-Junkers-Straße gilt. In der Zwischenzeit bemüht sich das Landesamt für Denkmalpflege, das Haus Nummer 1 unter Denkmalschutz zu stellen – was bei den anderen neun bereits der Fall ist.

All diese Maßnahmen haben nun unmittelbar Auswirkungen auf das Haus Nummer 19, das zehnte in der Reihe, für das der Eigentümer ziemlich aufwendige Sanierungspläne hat: Es soll ein großer unterkellertes erdgeschossiger Anbau mit einer Fotovoltaikanlage an das Haupthaus entstehen, für das Dach sind ein neuer Aufbau, neue Belichtungselemente und der Abriss des Schornsteins vorgesehen, dazu plant der Eigentümer mit einem Außenpool und einem zusätzlichen Pkw-Stellplatz auf dem Grundstück.

Für Grünen-Gemeinderätin Bettina Schreyer geht der Antrag für ein denkmalgeschütztes Haus zu weit. Sie zeigte sich aber zuversichtlich, dass das Landratsamt als untere Denkmalschutzbehörde ebenso wie die Gemeinderäte einer Sanierung mit moderaten Auswirkungen auf das Erscheinungsbild zustimmen wird, sobald der derzeit vom Architekturbüro Goergens & Miklautz zu erarbeitende Bebauungsplan vorliegt und die Veränderungssperre abläuft. „Der Eigentümer hat einfach Pech gehabt,

dass sein Antrag gerade jetzt behandelt wird, wo alle Augen auf die Hugo-Junkers-Straße gerichtet sind“, sagte Schreyer der SZ. Von Seiten der Anwohner gibt es gegen die Pläne, das Haus mit der Nummer 19 zu sanieren, offenbar keine Einwände. „Das Gebäude ist ziemlich heruntergewirtschaftet, es ist absolut nachvollziehbar, dass der neue Eigentümer hier etwas tun muss“, sagte etwa Ernst Holthaus, der mit Unterbrechungen seit 87 Jahren in der Straße wohnt. **Stefan Galler**



Für das Haus Hugo-Junkers-Straße 19 gibt es Umbaupläne. Diese können jedoch zumindest vorerst nicht umgesetzt werden. FOTO: CLAUDIUS SCHUNK

LESERBRIEFE

BAUMFÄLLUNGEN

Fragwürdige Gründe

„Voreilige Fällung“ (21. März):

Im Artikel werden als Fällgründe genannt, dass der Baum „im oberen Kronenbereich bereits abgestorben“ war, was heißt, dass der Baum Totholz gebildet hat. Dies ist zum Erstellen der Verkehrssicherheit zu entfernen. Wegen der hohen Regenerationsfähigkeit der Art ist dies in der Regel kein Fällgrund. Als zweiter und letzter Grund wird angegeben, am Stammfuß seien „größere Faulstellen entdeckt“ worden. Auch das hört sich nicht nach einer Reduzierung der Standsicherheit an. In der Baumstatik lautet ein grundlegender Lehrsatz: „Alle sehr alten Bäume sind hohl.“ Die Höhlung reduziert die Bruchstabilität kaum. Höhlungen entstehen immer durch Fäulen und Holzfäulen werden durch holzzerstehende Pilze verursacht.

Es wäre in so einem Fall für den Leser interessant, welcher Art die gefundenen Fäulen waren, inwieweit die Standsicherheit reduziert war, wie groß und an welcher Stelle die Höhlungen waren, also welche Restwandstärke noch vorhanden war und welcher Art der verursachende Pilz war. Auf den auf dem Foto sichtbaren „Resten des Baumes“ sind keine hohlen Stammstücke zu sehen. Das ist ein doch deutlicher Hinweis, dass die Standsicherheit noch gegeben war. Und damit der Baum auch noch über viele Jahre hätte stehen können.

Raimund Raab, Dipl. Ing. Landschaftsarchitektur und Ökologie, Freising

KURT-HUBER-GYMNASIUM

Eine volle, bunte Schule

„Die Schule, der die Schüler davonlaufen“ (20. März):

Ein sehr informativer Artikel, wenn auch mit einem abschreckenden Titel. Liest man Ihren Artikel, könnte man denken, in unserer Schule wären die Gänge leer und die Klassenzimmer verlassen – ein Anschein, den Sie hätten widerlegen können, wären Sie einmal dort gewesen. Unsere Schule hat noch immer überfüllte Gänge und ein ungewöhnlich breites Wahlunterricht- und Förderprogramm.

Hätten Sie mit Schüler:innen gesprochen, hätten Sie etwas über engagierte Lehrkräfte und viele Projekte gehört. Wir Schüler:innen bemerken keinen Mangel, wir erleben eine volle, bunte Schule.

Nun kann man fragen: Was macht eine Schule aus? Die Fächerwahl oder doch eher der Spirit, die Energie, die in einer Schule leben? Denn eins ist jedenfalls klar: In diesem Punkt wird jede noch so „moderne“ Schule wie die in Freihaim immer von unserem überhaupt nicht „altmodischen“ KHG übertriften werden.

Klasse 8a am Kurt-Huber-Gymnasium mit ihrer Lehrerin Gudrun Back, Gräfelfing

JOB UND MANDAT

Bananenrepublik Haar

„Ein Jobwechsel wirft Fragen auf“ (16. März):

Natürlich mag es sein, dass es keinerlei Verwicklungen gibt zwischen dem Jobwechsel des Herrn Rath und seinem Abstimmungsverhalten (und dem seiner Fraktion) im Gemeinderat bei der Nutzungsänderung, um dem Kollegen den Betrieb einer radiologischen Praxis zu ermöglichen. Das Problem der CSU ist nur, dass dies nicht der einzige Fall ist, in dem man sich zumindest mehr Geschick bei den Mandatsträgern gewünscht hätte: Es war nicht viel Zeit vergangen nach dem Amtsantritt und der Bürgermeister erschien auf einer Werbebeilage eines bekannten Automobilherstellers, das ihn als glücklichen Strahlmann bei der Übergabe eines Elektroautos zeigte.

Später war es einfach ein dummer Zufall, dass der Betreiber eines bevorzugt behandelten Testcenters hinter uns auf purer Bosheit von einigen hinterfragt wurde. Und nun die Geschichte mit dem Herrn Rath.

Mein Fazit: Hier fehlt Trennschärfe – gewollt oder aus Dummheit und das rückt Haar in die Nähe einer Bananenrepublik.

Dr. Alexander Zill, Haar

Leserbriefe stellen keine redaktionelle Meinungsäußerung dar, dürfen gekürzt und digital publiziert werden unter Angabe von Name und Wohnort. Briefe ohne Nennung des vollen Namens werden nicht veröffentlicht. Bitte geben Sie für Rückfragen immer Adresse und Telefonnummer an.

KORREKTUREN

» Die für die Geflüchteten aus der Ukraine zuständige Kümmerin der Gemeinde Planegg heißt Anna Lahodyuk. Im Artikel in der Montagsausgabe fehlte das o im Nachnamen. **SZ**